

109-5/8

70 listů

list č. 8 a; 33 a

zbytek listů nečitelných

17. 8. 2009 Junt

Prag, den 26. Mai 1941.

1.) ~~ES:~~

An

NSKK-Gruppenführer Bormann,

~~Berlin,~~

Berghoff Oberstallberg

Reichskanzlei.

Lieber Parteigenosse Bormann!

Am 30.d.Mts. soll die endgültige Besprechung stattfinden, in der über die Errichtung von weiteren Rüstungsbetrieben im Protektorat entschieden wird. Für die Besprechung ist die unter dem 10.d.Mts. - Zeichen St.S. 172/41 erbetene Entscheidung von grundsätzlicher Bedeutung. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir nunmehr umgehend mittels ES mitteilen würden, welchen Standpunkt der Führer in der Angelegenheit eingenommen hat.

Heil Hitler!

Jhr

2.) Wv. nach Abgang bei mir.

*100. Am 20. 5. 1941 bei dem
Antragsteller*

18-3/4

Die Verhandlungen werden zwischen Gen. Dr. Kopp
des R. N. 49 u. Landrat begonnen. Es werden
nicht bestritten.

Die Verhandlung für den Bau einer neuen Mühle wird
für die Kommune Belegstelle Druck Arbeit
^{mit 10000 Mark}
Büchse verhandelt sein, es missen in folgenden
Wirtschafts Arbeits Verhältnisse angewandt werden.

Wenn man eine der Landarbeiten als Produktions
plan empfehlen kann, so trifft das für den
Wirtschafts plan zu, zumal da ja
in unserer moderneren Wirtschafts Verhältnisse
mit geringer (Arbeits zeit mal 4, Löhne
also z. B. 50.000 Mark) sehr angewandt
werden Einwohnerzahl intergliebert!

In der politischen Planung zur Regenerierung
von Rhein u. Moselle in Prot. Jahr 1911
bezeichnete die deutsche Fortschrittspartei
zu diese besondern deutschen Fortschrittspartei
wird fallen z. B. auf Polen, Lithuanien
u. Lettland, also 3 in Werte mit starkem
deutschen Wirtschaften. Bei Wirtschafts
der Wirtschaften industriellen Planen mit
Wirtschaften Arbeits mindere also von deutschen
Werten an der sehr starkem Wirtschaften
so in Werte in Wirtschaften in jedem
in Wirtschaften, wie in Arbeits plan, in jedem Wirtschaften

5

Die Reichs~~werke~~^{werke} Hermann Göring, die Junkerswerke, die Zeißwerke und wie veräutet auch andere Werke aus dem Altreich beabsichtigen in kürzester Frist auf Grund abgeschlossener Planungen neue Fabriken in Pilsen, Budweis, Prag und Brünn zu errichten. Zum Neubau bzw. Umbau der Fabriksobjekte werden zunächst 10000 von Bauarbeitern benötigt. Nach Fertigstellung der Fabriken werden sofort 10 000 von Fabrikarbeitern gebraucht. Diese sollen mit ihren Familien in eigenen neuen Arbeitersiedlungen mit allen dazu gehörenden Erfordernissen, wie Geschäften, Handwerkern, Schulen, Kinos, Sozial- und Kulturstätten usw. angesiedelt werden.

So sehen z.B. fertiggestellte Bauplanungen, - deren Ausführung unmittelbar bevorstehen soll, - für ein Flugmotorenwerk der Hermann Göringwerke in Budweis eine Anfangsbelegschaft von 12000 Arbeitern vor. Das Werk soll 2 km südostwärts vom Stadtrande Budweis entstehen. Das Gelände ist bereits ausgesucht. Die Verhandlungen wurden zwischen Gauleiter Figuber und dem GenDir. der Reichswerke Hermann Göring Dr. Voß geführt. *von Ruff* Ich wurde nicht beteiligt.

Da weder für den Bau solcher Werke noch für ihre kommende Belegschaft deutsche Arbeitskräfte heute und in Zukunft vorhanden sind, müssen und sollen tschech. Arbeitskräfte angeworben werden.

Wenn man nun die Bauarbeiter als flugtaugende Elemente ansenem kann, so trifft dies für die Werksbelegschaften nicht zu, zumal diese ja in eigenen modernen

5 x 60000 (z.B. für 40.000 Familien, darunter sind 10.000 Deutsche.)

6

modernen Arbeitersiedlungen samt Familie angesiedelt werden (Arbeiterzahl mal 4, für Budweis also z.B. 50000 Menschen). *Vz*

In der politischen Planung zur Rückgermanisierung von Raum und Menschen im Protektorat habe ich nun bestimmt deutsche Interessenzonen vorgesehen. In diese besonderen deutschen Interessengebiete fallen z.B. auch Pilsen, Budweis und Brünn, *an der tschech. Grenze* alle Städte mit starken deutschen Minderheiten. Bei Verwirklichung der vorgesehenen industriellen Pläne mit tschech. Arbeitern würde also von deutschen Stellen an der so heiklen Volkstumsgrenze, wo bisher Jahrhunderte lang um jeden deutschen Bauernhof und Arbeitsplatz, um jede Ackerscholle gerungen wurde, im grössten Ausmasse tschechisiert. In all diesen Orten lehnt sich dann neu angesiedeltes an bodenständiges tschech. Volkstum, *an* das durchweg kämpferisches Grenzlerum ist, an.

Wir Nationalsozialisten machen aus rein wirtschaftlichen Interessen in diesem Falle dasselbe, was wir in den vergangenen Jahrzehnten der liberalen kapitalistischen Großindustrie schwersten angegriffen haben, wenn diese der billigeren Löhne wegen tschech. Arbeitermassen im deutschen Lande ansiedelte und es so tschechisierte (Brüx, Dux, Hohenstadt usw.)

Ich habe gegen die Durchführung dieser Aktion die schwersten politischen Bedenken, und erhebe dagegen scharfsten Einspruch. Ich kann mich auch der Meinung der betr. Gau-

leiter, die von den Rüstungsindustrien für solche Vorhaben bereits gewonnen sind, nicht anschliessen, die dahin geht, dass diese tschech. Neuanseidler in kürzester Frist (in weniger als 10 Jahren) durch strenge Eindeutschungsmassnahmen zu germanisieren sind. Erstens ^{splendide} scheint mir diese Zeitspanne naiv, zweitens kann vor einer genauen rassischen Bestandsaufnahme niemand sagen, ob wir die Neuansiedler überhaupt germanisieren wollen. Bei dem Tempo der Anwerbung tschech. Arbeitskräfte kommen selbstverständlich auch Tausende rassisch minderwertiger und blutmässig unverdaulicher Typen in die Siedlung.

Gauleiter und Rüstungsindustrielle stützen sich bei dem Vorhaben auf den Erlass des Reichsmarschalls vom 3.2.41 betr. die Arbeitseinsatzlage. Der Erlass besagt, dass "Ausländische Arbeiter im weitestmöglichen Umfange hereinzunehmen sind, wobei bevölkerungs- und rassepolitische Bedenken z. Zt. in den Hintergrund zu treten haben!"

Selbst bei Berücksichtigung der Dringlichkeit und Wichtigkeit von Rüstungsbauten und bei Anerkennung des Vorrangens des Rüstungsprozesses, ^{Bitte ich dahingehend zu entscheiden} bitte ich dahingehend zu entscheiden, dass ~~entweder~~ entweder:

- 1.) Rüstungswichtige Neubauten mit tschech. Belegschaft, wenn sie überhaupt im Prot. Böhmen und Mähren errichtet werden müssen, nicht im deutschen Interessengebiet an der bedrohten Volkstumsgrenze, sondern nur im tschech. Innerböhmen, am besten in der Umgebung von Prag (die Groß-

*by the Reichsmarschall of the Reich
- von Prag*

stadt verträgt dies eher) errichtet werden dürfen. *VS*

oder:

2/ *V* Wenn diese Bauvorhaben im deutschen Interessengebiet durchgeführt werden müssen, deutsche Arbeiter aus dem Altreiche gegen tschech. Arbeiter aus dem Prot. in grossem Ausmaasse ausgetauscht werden müssen.

Ein eigener Arbeitsausschuß, der mit entsprechenden Vollmachten ausgestattet den großzügigen Austausch von tschech. gegen deutsche Arbeiter nach vorhergehenden Untersuchungen leitet, müßte sofort geschaffen und eingeschaltet werden. Es könnte dadurch heute schon auf dem Gebietes des Arbeitseinsatzes fremdvölkische Arbeiter im Hinblick auf die Zukunft planvollste politische Arbeit geleistet werden.

9/5 *Handwritten signature*

VS *zuerst best. günstige Verhandlungen für Ausweisung der Arbeitskräfte vor anderen Land.*

Ja

Einwohnerzahl in B u d w e i s :

43 500. Hiervon 8 235 Deutsche
(1 000 Altreichsdeutsche).

B e r i c h t :

Prag, den 10. Mai 1941.

Die Reichswerke Hermann Göring, die Junkerswerke, die Zeißwerke und wie verlautet auch andere Werke aus dem Altreich beabsichtigen in kürzester Frist auf Grund abgeschlossener Planungen neue Fabriken in Pilsen, Budweis, Prag und Brünn zu errichten. Zum Neubau bzw. Umbau der Fabriksobjekte werden zunächst Tausende von Bauarbeitern benötigt. Nach Fertigstellung der Fabriken werden sofort Zehntausende von Fabrikarbeitern gebraucht. Diese sollen mit ihren Familien in eigenen neuen Arbeitersiedlungen mit allen dazu gehörenden Erfordernissen, wie Geschäften, Handwerkern, Schulen, Kinos, Sozial- und Kulturstätten usw. angesiedelt werden.

So sehen z.B. fertiggestellte Bauplanungen, - deren Ausführung unmittelbar bevorstehen soll, - für ein Flugmotorenwerk der Hermann Göringwerke in Budweis eine Anfangsbelegschaft von 12.000 Arbeitern vor. Das Werk soll 2 km südostwärts vom Stadtrande Budweis entstehen. Das Gelände ist bereits ausgesucht. Die Verhandlungen wurden zwischen Gauleiter Eigruber und dem Generaldirektor der Reichswerke Hermann Göring Dr. Voß geführt. Der Reichsprotector wurde nicht beteiligt.

Da weder für den Bau solcher Werke noch für ihre kommende Belegschaft deutsche Arbeitskräfte heute und in Zukunft vorhanden sind, müssen und sollen tschechische Arbeitskräfte angeworben werden.

Wenn man nun die Bauarbeiter als fluktuierende Elemente ansehen kann, so trifft dies für die Werksbelegschaften nicht zu,

zumal diese ja in eigenen modernen Arbeitersiedlungen samt Familie angesiedelt werden (Arbeiterzahl mal vier, für Budweis also z.B. 50 000 Menschen, Budweis heute rund 40 000 Einwohner, darunter rund 10 000 Deutsche).

In der politischen Planung zur Rückgermanisierung von Raum und Menschen im Protektorat sind bestimmte deutsche Interessenzonen vorgesehen. In diese fallen z.B. auch Pilsen, Budweis und Brünn, alles Städte mit starken deutschen Minderheiten an der Volkstums Grenze. Bei Verwirklichung der vorgesehenen industriellen Pläne mit tschechischen Arbeitern würde also von deutschen Stellen an der so heiklen Volkstums Grenze, wo bisher Jahrhunderte lang um jeden deutschen Bauernhof und Arbeitsplatz, um jede Ackerscholle gerungen wurde, im größten Ausmaße tschechisiert. In all diesen Orten lehnt sich dann neu angesiedeltes an bodenständiges tschechisches Volkstum an, das durchweg kämpferisches Grenzlerstum ist.

Wir Nationalsozialisten machen aus rein wirtschaftlichen Interessen in diesem Falle dasselbe, was wir in den vergangenen Jahrzehnten der liberalen kapitalistischen Großindustrie schwerstens angelastet haben, wenn diese der billigeren Löhne wegen tschechische Arbeitsmassen im deutschen Lande ansiedelte und es so tschechisierte (Brüx, Dux, Hohenstadt usw.).

Ich habe gegen die Durchführung dieser Aktion die schwersten politischen Bedenken und erhebe dagegen Einspruch. Ich kann mich auch der Meinung der betreffenden Gauleiter, die von den

Rüstungsindustrien für solche Vorhaben bereits gewonnen sind, nicht anschliessen, das dahin geht, daß diese tschechischen Neuansiedler in kürzester Frist (in weniger als 10 Jahren) durch strenge Eindeutschungsmaßnahmen zu germanisieren sind. Erstens erscheint mir diese Zeitspanne optimistisch, zweitens kann vor einer genauen rassischen Bestandsaufnahme niemand sagen, ob wir die Neuansiedler überhaupt germanisieren wollen. Bei dem Tempo der Anwerbung tschechischer Arbeitskräfte kommen selbstverständlich auch Tausende rassisch minderwertiger und blutmässig unverdaulicher Typen in die Siedlung.

Gauleiter und Rüstungsindustrielle stützen sich bei dem Vorhaben auf den Erlaß des Reichsmarschalls vom 3.2.1941, betreffend die Arbeitseinsatzlage. Der Erlaß besagt, daß "Ausländische Arbeiter im weitestmöglichen Umfange hereinzunehmen sind, wobei bevölkerungs- und rassepolitische Bedenken z.Zt. in den Hintergrund zu treten haben!"

Selbst bei Berücksichtigung der Dringlichkeit und Wichtigkeit von Rüstungsbauten und bei Anerkennung des Vorranges des Rüstungsprozesses, bin ich der Meinung, dass:

1. Rüstungswichtige Neubauten mit tschechischer Belegschaft, - wenn sie überhaupt im Protektorat Böhmen und Mähren errichtet werden müssen, - nicht im deutschen Interessengebiet an der bedrohten Volkstumsgränze, sondern nur im tschechischen Innerböhmen, am besten in der Umgebung von Prag bezw. südlich und ostwärts von Prag (die Großstadt

verträgt dies eher) errichtet werden dürfen, zumal dort günstigere Vorbedingungen für Neuerrichtung von Industriewerken vorhanden sind.

- 2. Wenn diese Bauvorhaben im deutschen Interessengebiet durchgeführt werden müssen, deutsche Arbeiter aus dem Altreiche gegen tschechische Arbeiter aus dem Protektorat in großem Ausmaße ausgetauscht werden müssen.

Ein eigener Arbeitsausschuß, der mit entsprechenden Vollmachten ausgestattet den großzügigen Austausch von tschechischen gegen deutsche Arbeiter nach vorhergehenden Untersuchungen leitet, müßte sofort geschaffen und eingeschaltet werden. Es könnte dadurch heute schon auf dem Gebiete des Arbeitseinsatzes fremdvölkischer Arbeiter im Hinblick auf die Zukunft planvollste politische Arbeit geleistet werden.



B e r i c h t :

Prag, den 10. Mai 1941.

Die Reichswerke Hermann Göring, die Junkerwerke, die Zeißwerke und wie verlautet auch andere Werke aus dem Altreich beabsichtigen in kürzester Frist auf Grund abgeschlossener Planungen neue Fabriken in Pilsen, Budweis, Prag und Brünn zu errichten. Zum Neubau bzw. Umbau der Fabriksobjekte werden zunächst Tausende von Bauarbeitern benötigt. Nach Fertigstellung der Fabriken werden sofort Zehntausende von Fabrikarbeitern gebraucht. Diese sollen mit ihren Familien in eigenen neuen Arbeitersiedlungen mit allen dazu gehörenden Erfordernissen, wie Geschäften, Handwerkern, Schulen, Kinos, Sozial- und Kulturstätten usw. angesiedelt werden.

So sehen z.B. fertiggestellte Bauplanungen, - deren Ausführung unmittelbar bevorstehen soll, - für ein Flugmotorenwerk der Hermann Göringwerke in Budweis eine Anfangsbelegschaft von 12.000 Arbeitern vor. Das Werk soll 2 km südostwärts vom Stadtrande Budweis entstehen. Das Gelände ist bereits ausgesucht. Die Verhandlungen wurden zwischen Gauleiter Eigruber und dem Generaldirektor der Reichswerke Hermann Göring Dr. Voß geführt. Der Reichsprotector wurde nicht beteiligt.

Da weder für den Bau solcher Werke noch für ihre kommende Belegschaft deutsche Arbeitskräfte heute und in Zukunft vorhanden sind, müssen und sollen tschechische Arbeitskräfte angeworben werden.

Wenn man nun die Bauarbeiter als fluktuierende Elemente ansehen kann, so trifft dies für die Werksbelegschaften nicht zu,

74

zumal diese ja in eigenen modernen Arbeitersiedlungen samt Familie angesiedelt werden (Arbeiterzahl mal vier, für Budweis also z.B. 50 000 Menschen, Budweis heute rund 40 000 Einwohner, darunter rund 10 000 Deutsche).

In der politischen Planung zur Rückgermanisierung von Raum und Menschen im Protektorat sind bestimmte deutsche Interessenzonen vorgesehen. In diese fallen z.B. auch Pilsen, Budweis und Brünn, alles Städte mit starken deutschen Minderheiten an der Volkstumsgrenze. Bei Verwirklichung der vorgesehenen industriellen Pläne mit tschechischen Arbeitern würde also von deutschen Stellen an der so heiklen Volkstumsgrenze, wo bisher Jahrhunderte lang um jeden deutschen Bauernhof und Arbeitsplatz, um jede Ackerscholle gerungen wurde, im größten Ausmaße tschechisiert. In all diesen Orten lehnt sich dann neu angesiedeltes an bodenständiges tschechisches Volkstum an, das durchweg kämpferisches Grenzlerum ist.

Wir Nationalsozialisten machen aus rein wirtschaftlichen Interessen in diesem Falle dasselbe, was wir in den vergangenen Jahrzehnten der liberalen kapitalistischen Großindustrie schwerstens angelastet haben, wenn diese der billigeren Löhne wegen tschechische Arbeitsmassen im deutschen Lande ansiedelte und es so tschechisierte (Brüx, Dux, Hohenstadt usw.).

Ich habe gegen die Durchführung dieser Aktion die schwersten politischen Bedenken und erhebe dagegen Einspruch. Ich kann mich auch der Meinung der betreffenden Gauleiter, die von den

75

Rüstungsindustrien für solche Vorhaben bereits gewonnen sind, nicht anschliessen, das dahin geht, daß diese tschechischen Neuansiedler in kürzester Frist (in weniger als 10 Jahren) durch strenge Eindeutschungsmaßnahmen zu germanisieren sind. Erstens erscheint mir diese Zeitspanne optimistisch, zweitens kann vor einer genauen rassischen Bestandsaufnahme niemand sagen, ob wir die Neuansiedler überhaupt germanisieren wollen. Bei dem Tempo der Anwerbung tschechischer Arbeitskräfte kommen selbstverständlich auch Tausende rassisch minderwertiger und blutmässig unverdaulicher Typen in die Siedlung.

Gauleiter und Rüstungsindustrielle stützen sich bei dem Vorhaben auf den Erlaß des Reichsmarschalls vom 3.2.1941, betreffend die Arbeitseinsatzlage. Der Erlaß besagt, daß "Ausländische Arbeiter im weitestmöglichen Umfange hereinzunehmen sind, wobei bevölkerungs- und rassepolitische Bedenken z.Zt. in den Hintergrund zu treten haben!"

Selbst bei Berücksichtigung der Dringlichkeit und Wichtigkeit von Rüstungsbauten und bei Anerkennung des Vorranges des Rüstungsprozesses, bin ich der Meinung, dass:

1. Rüstungswichtige Neubauten mit tschechischer Belegschaft, - wenn sie überhaupt im Protektorat Böhmen und Mähren errichtet werden müssen, - nicht im deutschen Interessengebiet an der bedrohten Volkstumsgrenze, sondern nur im tschechischen Innerböhmen, am besten in der Umgebung von Prag bzw. südlich und ostwärts von Prag (die Großstadt

verträgt dies eher) errichtet werden dürfen, zumal dort günstigere Vorbedingungen für Neuerrichtung von Industriewerken vorhanden sind.

- 2. Wenn diese Bauvorhaben im deutschen Interessengebiet durchgeführt werden müssen, deutsche Arbeiter aus dem Altreiche gegen tschechische Arbeiter aus dem Protektorat in großem Ausmaße ausgetauscht werden müssen.

Ein eigener Arbeitsausschuß, der mit entsprechenden Vollmachten ausgestattet den großzügigen Austausch von tschechischen gegen deutsche Arbeiter nach vorhergehenden Untersuchungen leitet, müßte sofort geschaffen und eingeschaltet werden. Es könnte dadurch heute schon auf dem Gebiete des Arbeitseinsatzes fremdvölkischer Arbeiter im Hinblick auf die Zukunft planvollste politische Arbeit geleistet werden.



An den
NSKK-Gruppenführer Bormann,
Berlin,
Reichskanzlei.

Lieber Parteigenosse Bormann!

In einer mir politisch sehr wichtig erscheinenden Angelegenheit hat der Herr Reichsprotector mit dem selben Kurier einen Brief an den Führer geschrieben, der sich mit der Angelegenheit der Neuerrichtung eines Flugmotorenwerkes durch die Reichswerke Hermann Göring befaßt und in dem der Herr Reichsprotector um einen Vortrag beim Führer ersucht. Ich habe meine Auffassung zu dieser Sache, die sich mit der Auffassung des Herrn Reichsprotectors deckt, im beiliegenden Memorandum zusammengefaßt und bitte Sie herzlich, meine Stellungnahme dem Führer ebenfalls zuleiten zu wollen. Ich danke Ihnen für Ihre Liebenswürdigkeit im Voraus und würde mich sehr freuen, wenn Sie unseren gemeinsamen Vortrag, der ~~es~~ leider nach der Reichstagsrede schief ging, nunmehr sehr bald beim Führer ~~sein~~ vermitteln könnten.

5

F. Faust, Reichsprotector, 1000 Berlin, Potsdamer Platz 10

Handwritten notes in blue ink at the bottom of the page, including a date and some illegible text.

18

10. Mai 1941.

H-Gruf.

St.S.172/41.

1. An den
NSKK-Gruppenführer B o r m a n n ,
B e r l i n ,
Reichskanzlei.

Lieber Parteigenosse Bormann!

In einer mir politisch sehr wichtig erscheinenden Angelegenheit hat der Herr Reichsprotector mit demselben Kurier einen Brief an den Führer geschrieben, der sich mit der Angelegenheit der Neuerrichtung eines Flugmotorenwerkes durch die Reichswerke Hermann Göring befaßt und in dem der Herr Reichsprotector um einen Vortrag beim Führer ersucht. Ich habe meine Auffassung zu dieser Sache, die sich mit der Auffassung des Herrn Reichsprotectors deckt, im beiliegenden Memorandum zusammengefaßt und bitte Sie herzlich, meine Stellungnahme dem Führer ebenfalls zuleiten zu wollen, falls Sie annehmen, daß sich der Führer dafür interessiert.

Ich danke Ihnen für Ihre Liebenswürdigkeit im Voraus und würde mich sehr freuen, wenn Sie unseren gemeinsamen Vortrag, der leider nach der Reichstagsrede schiefling, nunmehr sehr bald beim Führer vermitteln könnten.

Heil Hitler!
Ihr

H. Bormann: Nach Mitteilung vom 14. 5. 1941. Gehört nicht das Schreiben vom 29. d. M. 1941. 1941. 11. 1941. 11. 1941. 11. 1941.

2. Zum Vorgang.

RB - 3/41

Geheim

B.d.S. 2303 4/1

19

Inform auf dem Fock!

E. Z. mit 7 Anlage

440' Stütz. Föhne

zur Revision und mit der Zelle im post-
sonstige Einlage über. etc.

Na alp, mit stammal p...
Aufsicht sind die Kranz, 440' Stütz
Föhne für Einlage p...

ff. 1 1/2

7515.47.

Handwritten stamp: Geheim

Betrifft : Planung der "Hermann Göring-Werke"

Handwritten initials: P 17

1.) V e r m e r k .

3 Anlagen

Am 7.5.1941 wurde Direktor Falkenbach und seine Begleiter, die Herren von Nessen, Timm und Breuer von Min.Rat Dr. Rössler und Referent Roehl über die allgemeinen Voraussetzungen für Industriep lanungen im Nordosten Böhmens, im Raume von Prag und in Budweis unterrichtet.

Am 8.5. fand eine gemeinsame Besichtigung der Standortmöglichkeiten in Königgrätz statt, an der ausser den Herren von den "Hermann Göring-Werken" teilnahmen :

Min.Rat Dr. Fischer und Referent Roehl von der Gruppe Raumordnung, Reg.Rat Dr. Jaisle von der Gruppe II 4, der stellvertretende Oberlandrat von Königgrätz mit seinem Arbeitseinsatzreferenten Reg.Rat Sachtler und seinem landwirtschaftlichen Referenten. Es wurden drei Standorte bei Königgrätz besichtigt, die alle drei für die Planung in Frage kommen. Die Verkehrsanschlüsse sind am leichtesten im Nordwesten und Norden von Königgrätz zu bewerkstelligen, auch ist der Baugrund dort gut. Im Süden von Königgrätz bietet ein Kiefernwald die Möglichkeit, das Werk gut zu tarnen. Hierauf wird von den Vertretern der "Hermann Göring-Werke" der entscheidende Wert gelegt. Ein Teil des Geländes gehört der Wehrmacht und wird z.Zt. von ihr und der Polizei als Exerzierplatz benutzt. Im Walde liegt in einiger Entfernung ein Luftwaffenschiesstand, der aber nicht stören wird. Die Arbeiterfrage wird in Königgrätz selbst für ein grosses Werk (Motoren) mit bis 12.000 Arbeitern gelöst werden können. Der Arbeitseinsatzreferent glaubt eine ausreichende Anzahl von Facharbeitern für das Anlaufen des Betriebes bereitstellen zu können, die übrigen Arbeiter werden durch Umschulung von Textilarbeitern gewonnen. Die Elektrizitätsversorgung kann mit Anschluss

20a

an die schlesische Sammelschiene vollkommen sicher-
gestellt werden. Die Güterbewegung ist nicht sehr
hoch, bis zu 1.700 Waggons jährlich. Unter den
12.000 Arbeitern würden sich 10% Angestellte be-
finden, von denen der grösste Teil aus Deutschland
käme. Für diese müssten sofort Siedlungen errichtet
werden. Die Bauarbeiterfrage sowohl für das Werk
als auch für die Siedlung kann vom Oberlandratsamt
Königgrätz gelöst werden.

Direktor F a l k e n b a c h erklärte
abschliessend, dass Königgrätz seiner Ansicht nach
auf jeden Fall als Standort für ein Werk in Frage
käme, entweder für das Motorenwerk mit rd. 12.000
Arbeitern, oder für die Leichtmetallgiesserei mit
3.500 - 4.000 Arbeitern.

Auf der Rückfahrt wurde noch Tschelako-
witz an der Elbe besichtigt. Die dort zur Verfügung
stehenden Flächen wurden als weniger geeignet bezeich-
net, auch ist die Arbeiterfrage dort schwer zu lösen.

Am 9.5. begaben sich die Vertreter der
"Hermann Göring-Werke" in Begleitung von Min.Rat
Dr. F i s c h e r und Referent R o e h l von der
Gruppe I 8 nach Budweis. Dort schlossen sich ihnen
der Oberlandrat, der Leiter des Arbeitsamtes, der
Regierungskommissar von Budweis und der Kreisleiter
an. Es wurden drei G_elände besichtigt, von denen ei-
nes als zu klein von vorneherein ausschied. Das Ge-
lände im Nordosten der Stadt, bei den sogenannten
"Dürren Wiesen" lässt einen hohen Grundwasserstand
befürchten. Das Gelände im Südosten würde stark in
deutsches Bauernland einschneiden. In den Besprechun-
gen ergab sich, dass die Arbeiterfrage für ein grosses
Motorenwerk überhaupt nicht zu lösen ist und für die
Leichtmetallgiesserei sehr schwer. Es müssten von über-
all her Tschechen nach Budweis gezogen werden und da
keine ausreichende Verbindungen für einen Pendelverkehr
bestehen, müssten sofort Wohnungen für die gebaut werden.

Arbeitssuchende



99538

Arbeitssuchende sind im Oberlandratsbezirk nur in geringer Zahl vorhanden. Der Oberlandrat und der Kreisleiter erklärten, dass der Gauleiter entscheidenden Wert auf ein Werk in Budweis lege und die Gefahren des Zuzugs von Tschechen nicht so hoch veranschlage, wenn gleichzeitig eine grosse Anzahl Deutscher nach Budweis käme und dort eine Führerschicht bilde. Direktor Falkenbach erwiderte, dass die Zahl der zuziehenden Deutschen bei der jetzigen Mangellage an Arbeitskräften nur beschränkt sein werde und man auch in den Konstruktionsbüros und in Angestelltenstellungen mit Tschechen rechnen müsse. Er machte auch darauf aufmerksam, dass die örtliche Industrie und insbesondere die deutsche unter dem Werk zu leiden haben werde, da die "Hermann Göring-Werke" eine starke Anziehung auf die Arbeiterschaft ausüben werden. Die Heranziehung von Lehrlingen aus dem Bevölkerungsüberschuss des Böhmerwaldes werde nur sehr langsam, d.h. nach 3 1/2 Jahren wirksam werden und erst dann zu einer Verstärkung des deutschen Elements führen. Der Kreisleiter und der Oberlandrat verschlossen sich diesen Bedenken nicht, baten aber zu prüfen, ob nicht ein kleineres Werk aus der "Hermann Göring-Gruppe" für Budweis in Frage käme. Min. Rat Dr. F i s c h e r betonte, dass der Reichsprotector einer grösseren Industriepaltung in Budweis wegen der volkstumpolitischen Gefahren absolut ablehnend gegenüberstehe. Als fast unlösbar erwies sich das Problem der Stromzufuhr. Die Werke haben einen ausserordentlichen Stromverbrauch, das Motorenwerk einen Anschlusswert von 7.000 kVA, die Giesserei eher noch mehr. Das südböhmische Elektrizitätsnetz ist völlig unzureichend. Von Norden her ist erst Strom zu erwarten, wenn die Nord-Süd Sammelschiene gebaut ist, die vorläufig noch im Stadium der Erwägung sich befindet. Man müsste daher eine Leitung nach Linz bauen, das z.Zt. aber auch überbelastet ist. Direktor F a l k e n b a c h fasste seinen fachtechnischen Standpunkt derart zusammen :

Nach Budweis würde er nur mit einem Werk gehen, wenn dies ihm befohlen würde und auch dann nur mit der Leichtmetallgiesserei. Hierbei machten seine Herren darauf aufmerksam, dass nach den bisherigen Erfahrungen eine Erweiterung der Leichtmetallgiesserei, ja u.U. eine Verdoppelung, schon nach kurzer Zeit möglich wäre.

21a

Direktor F a l k e n b a c h wird sich noch Standorte in Oberdonau und Niederdonau ansehen, bei Steyr, St. Pölten und Wien, und abschliessend dem Generaldirektor V o s s vortragen. Er betonte, dass er sich nur vom Fachstandpunkte äussern können, die politische Entscheidung müsse dann in Berlin getroffen werden. Er regte an, dass der unterzeichnete Min. Rat Dr. F i s c h e r ihn nächste Woche in Berlin aufsuche.

2.) Herrn
S t a a t s s e k r e t ä r

über Herrn Abteilungsleiter I
und Herrn Unterstaatssekretär

F 114/5.

mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt. Ich darf anregen, dass wegen der politischen Fragen mit Herrn Staatssekretär K ö r n e r Fühlung genommen wird, an den sich auch der Reichstatthalter, Gauleiter E i g r u b e r von Oberdonau gewandt hat.

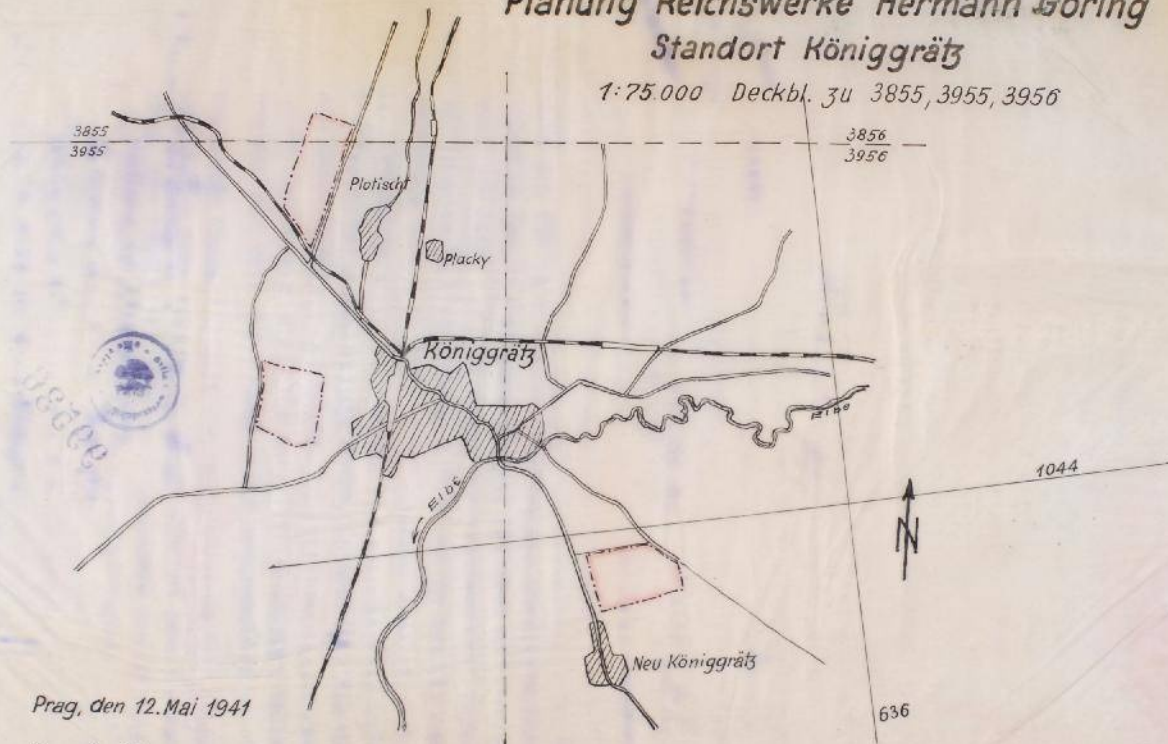
Witzper



99537

Planung Reichswerke Hermann Göring Standort Königgrätz

1:75.000 Deckbl. zu 3855, 3955, 3956



Prag, den 12. Mai 1941

Der Reichsprotector in Böhmen u. Mähren
Gruppe Raumordnung

Anlage zu Tsch. Nr. 12.500/41 Raum. G.

22

23

Planung Reichswerke Hermann Göring Standort Tschelakowitz

1:75.000 Deckbl. zu 3953



Prag, den 12. Mai 1941

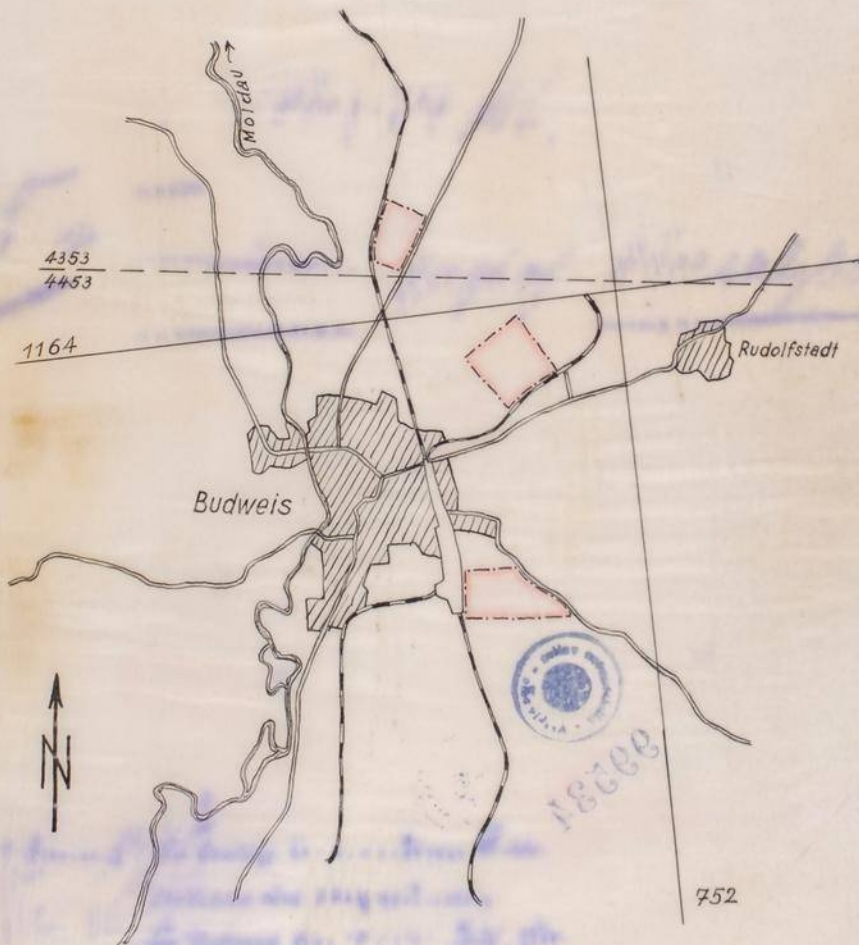
Der Reichsprotector in Böhmen u. Mähren
Gruppe Raumordnung

Ansatz 7-1, Nr. 120/seele Raum-O.

24

Planung Reichswerke Hermann Göring Standort Budweis

1:75.000 Deckbl. zu 4353, 4453



Prag, den 12. Mai 1941

Der Reichsprotector in Böhmen u. Mähren
Gruppe Raumordnung

zu 7-A. Nr. 124.511/11 Raum-O.

Prag, den 21. Mai 1941.

1. V e r m e r k :

=====

NSKK-Gruppenführer Bormann teilte um 12.10 Uhr fernmündlich mit, die Angelegenheit Errichtung eines Rüstungsbetriebes in Budweis durch die Hermann Göringwerke hätte dem Führer der bekannten Umstände wegen bislang nicht vorgetragen werden können. Er werde jedoch heute oder morgen dem Führer Bericht erstatten und alsdann das Ergebnis fernmündlich durchgeben.

2. Wvl. zum Vortrag bei dem Herrn Reichsprotector.

1. Bormann: Ein Vortrag bei dem Herrn Reichsprotector über die Errichtung eines Rüstungsbetriebes in Budweis durch die Hermann Göringwerke.

2. Bericht vom 26. 5. 1941 bei dem Reichsprotector.

*26.5. 1941
H. B.*

H. 23/5.41

[Handwritten signature]

R-Prot.No 1170

26

Prag, den 26. Mai 1941.

1941

1.) FS:

132/24 Wk.

An

NSKK-Gruppenführer Bormann,

Berlin,

Reichskanzlei.

Burghof Obersalzberg

Lieber Parteigenosse Bormann!

Am 30.d.Mts. soll die endgültige Besprechung stattfinden, in der über die Errichtung von weiteren Rüstungsbetrieben im Protektorat entschieden wird. Für die Besprechung ist die unter dem 10.d.Mts. - Zeichen St.S. 172/41 erbetene Entscheidung von grundsätzlicher Bedeutung. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir nunmehr umgehend mittels FS mitteilen würden, welchen Standpunkt der Führer in der Angelegenheit eingenommen hat.

Heil Hitler!
Jhr

Kranz

Als Fernschreiben	
befördert unter Nr.	1941
am	29.5.41
um	14.00 Uhr
R.-Post.	<i>Kranz</i>

2.) Wv. nach Abgang bei mir.

St. G. VB - 3/41

27

Abschrift !

Der Reichsminister und Chef
der Reichskanzlei
Rk.8186 B

Berlin W 8, den 1. Juni 1941
Voßstrasse 6
z.Zt.Führer-Hauptquartier

An den
Reichsprotector in Böhmen und Mähren
Herrn Minister Freiherrn von Neurath,

P r a g .
=====

Betr.: Flugzeugmotorenwerke in Budweis
Auf das an den Führer gerichtete Schreiben vom 10.Mai 1941
- Nr. Rpr. 563/41. -

Lieber Herr von Neurath!

Die Frage des Standorts der Flugzeugmotorenwerke Hermann Göring habe ich beim Führer zum Vortrag gebracht. Die Entscheidung des Führers bitte ich aus meinem in Abschrift beigefügten Schreiben an den Reichsmarschall des Großdeutschen Reichs ersehen zu wollen.

H e i l H i t l e r !
Ihr

gez. Dr. L a m m e r s .

Handwritten notes:
3. 6. 41.
(Göring)
2/6.47.
Lammers

V B - 4/41.

Prag, den 16. Oktober 1941.

28

Geheim

1) Vermerk.

Eine weitere Verfolgung der einschlägigen Angelegenheit entfällt im Hinblick auf die Entwicklung der politischen Lage. Daher

2) z.d.A.

OK

gen. - .

Der Reichsführer-

und

Chef der Deutschen Polizei

im Reichministerium des Innern

Adjutantur

Berlin, den 22. Mai 1941

29

B.Nr. I 277/41 Ads.Dö/Fe

An
//-Gruppenführer Staatssekretär
Karl Hermann Frank

P r a g

Büro Des Staatssekretärs
beim Reichsprotektor
in Böhmen und Mähren.
Eing.: 26. MAI 1941
Tgb. T

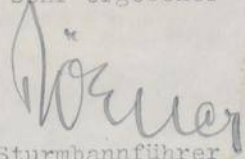
Gruppenführer!

Im Auftrage des Reichsführers // und Chefs der Deutschen
Polizei bestätige ich den Eingang Ihres Schreibens vom
7. Mai 1941 - St.S. 156/126/41 - über die Ministerkrise
im Protektorat.

Der Reichsführer // läßt für die Übersendung des Schrei-
bens danken und bittet, ihn auf dem laufenden zuhalten.

Heil Hitler!

Ihr sehr ergebener



//-Sturmbannführer

*u.
Sol. am St. 6. 1941 für
den Unterglieder.*

1. 26/5.41.

Mt

*Original beigefügt
Anz. 34/5.*

St. G. I B - 4/41

30

Loyalität gegenüber dem Amt des Reichsprotectors dadurch unter Beweis zu stellen, daß er durch eine Mittelsperson verschiedene, sich auf die Festigung des Verhältnisses der Protektoratsregierung und der tschechischen Bevölkerung zum Großdeutschen Reich beziehende Vorschläge unterbreiten läßt. Ich werde mir erlauben, Sie, sofern es die Lage rechtfertigt, über die weitere Entwicklung der Angelegenheit auf dem Laufenden zu halten.

Heil Hitler!
stets Ihr

St.S.156a/126a/41.

2. 1941

An
H-Gruppenführer Heydrich,
Berlin SW 11,
Wilhelmstrasse 102.

Lieber Heydrich!

Im Nachgang zu dem hies. Schreiben vom 11.4.1941 - Zeichen St.S. 126a/41 übersende ich die Durchschrift eines weiteren dem Reichsführer-H und Chef der Deutschen Polizei erstatteten Berichtes zur gefälligen Kenntnis.

2287/4i

Heil Hitler!
Ihr

3. G.R. mit 1 Mappe
H-Obersturmbannführer Böhme,
Prag,
zur Kenntnis übersandt.

4. Alsdann Wvl. am 7.6.1941 bei mir.

34
7. Mai 1941.

W-Gruf.
St.S. 156/126/41.

An den
Reichsführer $\frac{H}{H}$ und Chef der Deutschen Polizei,
Berlin SW 11,
Prinz Albrecht Strasse 8.

Reichsführer!

Für das dort. Schreiben vom 22.4.1941 - Zeichen B.-Nr. I 277/41 Ads. danke ich verbindlich. Zur Ministerkrise darf ich nachtragen, daß der Reichsprotector den Sonderbericht nicht weitergeleitet hat. Der Reichsprotector hat stattdessen nach der Rückkehr vom Urlaub den Verkehrsminister Havelka von diesem Posten und von dem Posten als Leiter der Kanzlei des Staatspräsidenten Dr. Hácha entheben lassen. Die Maßnahme, die die Protectoratsregierung von ihrem bösen Geist befreien sollte, rief keinen nennenswerten Widerhall in der tschechischen Öffentlichkeit hervor. Zum Verkehrsminister ist in Personalunion der derzeitige Generaldirektor der Böhmischo-mährischen Bahnen Kamenický bestellt worden. Als Leiter der Kanzlei des Staatspräsidenten Hácha fungiert nunmehr ein Sektionschef Ritter v. Popelka. Damit ist die Ministerkrise zum Abschluß gelangt. Die Gerüchte, daß der Sozialminister Klumpar zurücktrete und sein Amt dem Gewerkschaftler Stočes überlassen müsse, tauchen immer wieder auf, verlieren jedoch mehr und mehr an Bedeutung. Derzeit bemüht sich der Ministerpräsident Eliáš, seine angebliche

- 2 -

St. S. VB-4/41

Der Reichsführer SS

Berlin SW 11 22. 4. 41
Prinz-Albrecht-Straße 8
z.Zt. Führerhauptquartier

32

B.-Nr. I 277/41 AdS.

Geheim!

Büro des Staatssekretärs
beim Reichsprotektor
in Böhmen und Mähren.
Eing.: 3. MAI 1941
Tgb. Nr.:

Lieber Parteigenosse F r a n k !

Ich komme erst heute dazu, Ihren Brief vom 26.2.41 zu beantworten, da ich die Angelegenheit E l i a š erst noch besprechen wollte.

Insgesamt ist die Tendenz des Führers, jetzt in der Tschechei nichts anzurühren und den jetzigen Zustand, soweit er sich nicht von selbst irgendwie ändert, zu belassen. Sollte E l i a š Wirklich fliehen und dies nicht zu verhindern sein, so wäre die Schuld von ihm und seinem ganzen Kreis so klar zutage gelegt, dass man daraus immer zu einer Zeit, die uns passt, alle Konsequenzen für die Behandlung der Tschechen ziehen könnte.

Zugleich bestätige ich den Empfang Ihres Briefes vom 11.4.41.

Heil Hitler!

Ihr

A. Jimmeler

St. S. I.B - 4141

33
11. April 1941.

St.S.126/41.

Geheim

1. An den
Reichsführer ~~H~~ und Chef der Deutschen Polizei,
B e r l i n SW 11,

Prinz Albrecht Strasse 8.

Reichsführer!

Im Zuge der militärischen Ereignisse im Südosten und angesichts der zunehmenden renitenten Haltung sowohl der tschechischen führenden Schichten als auch eines grossen Teiles der tschechischen Bevölkerung erschien mir die Prüfung der Frage angezeigt, ob es sich nicht zur Stärkung des Reichseinflusses im Protektorat empfehlen würde, aus einem gegebenen Anlass bestimmte Massnahmen gegen die Protektoratsregierung durchzuführen. Zur Kennzeichnung der Situation überreiche ich die Durchschriften des über die politische Lage im Protektorat für die Zeit vom 15.3. bis zum 10.4.1941 dem Führer erstatteten Berichtes sowie eines Sonderberichtes zur gefälligen Kenntnis. Aus dem Sonderbericht ergeben sich die Massnahmen, die unter Umständen durchführbar sind. Der Bericht über die politische Lage ist inzwischen Herrn Reichsminister Dr. Lammers zugestellt worden. Der Sonderbericht ist zunächst dem Reichsprotector entsprechend einem fernmündlich übermittelten Wunsch


nebst

St. S. EB-4/41

33a

nebst dem Entwurf eines Begleitschreibens an Herrn Reichsminister Lammers vorgelegt worden. In dem Entwurf ist ausgeführt, der Reichsprotector habe den Sonderbericht zur Kenntnis genommen und bitte darum, dass er dem Führer vorgetragen werde. Ob der Reichsprotector den Sonderbericht akzeptieren und weiterleiten wird, vermag ich nicht zu übersehen. Ich möchte jedoch nicht verfehlen, Sie darauf hinzuweisen, dass der Augenblick nicht ungünstig ist, um die tschechische, auf die Londoner Emigrantenregierung ausgerichtete Mentalität ohne formelle Verletzung der Autonomie, ohne innerpolitische Rückwirkungen im Protectorat und ohne sonderliche Anteilnahme des Auslandes entscheidend zu treffen.

Heil Hitler!
Stets Jhr



34

11. April 1941.

St.S.126 a/41.

Geheim

- 2) An
 SS-Gruppenführer Heydrich,
 B e r l i n SW 11,

 Wilhelmstrasse 102.

Lieber Heydrich!

Hiermit übersende ich die Durchschrift eines dem Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei erstatteten Berichtes zur gefälligen Kenntnis. Der in dem Bericht erwähnte Bericht über die politische Lage im Protektorat Böhmen und Mähren für die Zeit vom 15.3. bis zum 10.4.1941 ist Ihnen von dem stellvertretenden Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD, SS-Obersturmbannführer Böhme, bereits vorgelegt worden.

Heil Hitler!
 Ihr

- 3) Durchschrift an
 SS-Obersturmbannführer Böhme,
 P r a g ,

 zur Kenntnis.
- 4) Zum Vorgang.

35

11. April 1941.

St.S.126/41.

Geheim

1. An den
 Reichsführer ~~SS~~ und Chef der Deutschen Polizei,
 B e r l i n SW 11,

 Prinz Albrecht Strasse 8.


Reichsführer!

Im Zuge der militärischen Ereignisse im Südosten und angesichts der zunehmenden renitenten Haltung sowohl der tschechischen führenden Schichten als auch eines grossen Teiles der tschechischen Bevölkerung erschien mir die Prüfung der Frage angezeigt, ob es sich nicht zur Stärkung des Reichseinflusses im Protektorat empfehlen würde, aus einem gegebenen Anlass bestimmte Massnahmen gegen die Protektoratsregierung durchzuführen. Zur Kennzeichnung der Situation überreiche ich die Durchschriften des über die politische Lage im Protektorat für die Zeit vom 15.3. bis zum 10.4.1941 dem Führer erstatteten Berichtes sowie eines Sonderberichtes zur gefälligen Kenntnis. Aus dem Sonderbericht ergeben sich die Massnahmen, die unter Umständen durchführbar sind. Der Bericht über die politische Lage ist inzwischen Herrn Reichsminister Dr. Lammers zugestellt worden. Der Sonderbericht ist zunächst dem Reichsprotektor entsprechend einem fernmündlich übermittelten Wunsch

nebst

nebst dem Entwurf eines Begleitschreibens an Herrn Reichsminister Lammers vorgelegt worden. In dem Entwurf ist ausgeführt, der Reichsprotector habe den Sonderbericht zur Kenntnis genommen und bitte darum, dass er dem Führer vorgetragen werde. Ob der Reichsprotector den Sonderbericht akzeptieren und weiterleiten wird, vermag ich nicht zu übersehen. Ich möchte jedoch nicht verfehlen, Sie darauf hinzuweisen, dass der Augenblick nicht ungünstig ist, um die tschechische, auf die Londoner Emigrantenregierung ausgerichtete Mentalität ohne formelle Verletzung der Autonomie, ohne innerpolitische Rückwirkungen im Protectorat und ohne sonderliche Anteilnahme des Auslandes entscheidend zu treffen.

Heil Hitler!
Stets Ihr



37

11. April 1941.

St.S.126 a/41.

Geheim

- 2) An
 W-Gruppenführer Heydrich,
 B e r l i n SW 11,

 Wilhelmstrasse 102.

Lieber Heydrich!

Hiermit übersende ich die Durchschrift eines dem Reichsführer W und Chef der Deutschen Polizei erstatteten Berichtes zur gefälligen Kenntnis. Der in dem Bericht erwähnte Bericht über die politische Lage im Protektorat Böhmen und Mähren für die Zeit vom 15.3. bis zum 10.4.1941 ist Ihnen von dem stellvertretenden Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD, W-Obersturmbannführer Böhme, bereits vorgelegt worden.

Heil Hitler!
 Ihr

- 3) Durchschrift an
 W-Obersturmbannführer Böhme,
 P r a g ,

 zur Kenntnis.
- 4) Zum Vorgang.

Geheim

Sonderbericht

38

zum Bericht über die politische Lage im Protektorat
Böhmen und Mähren für die Zeit vom 15.3. bis zum
10.4.1941.

Vom Reichspropagandaministerium (Abteilung Auslandspress-
se) wurde am 7.d.M. der Wunsch geäußert, die Stellung-
nahme von führenden tschechischen Persönlichkeiten
zu den Ereignissen im Südosten zwecks Verwendung in
der Auslandspresse einzuholen. Daraufhin wandte sich
der zuständige Abteilungsleiter im Amt des Reichspro-
tektors, Ministerialrat v. Gregory, mit meinem Einver-
ständnis an den im Protektorat bekannten tschechischen
Chefredakteur vom "Večer" namens Krychtelek - dieser
gilt als Jugoslawienexperter - und legte ihm nahe,
drei kurze Interviews mit den tschechischen Ministern
Havelka, Ježek und Krejčí über die Ereignisse im Süd-
osten herbeizuführen und hierbei auch die Lage des
Protektorates im Grossdeutschen Reich zu berühren. In
Ausführung dieses Auftrages unterrichtete Krychtelek
noch am gleichen Tage den tschechischen Ministerpräsi-
denten Eliáš und legte den drei Ministern die folgenden
zwei Fragen vor:

- " 1.) Wie beurteilen Sie den negativen Stand-
punkt, den Griechenland und Jugoslawien
zum Aufbau des neuen Europas eingenom-
men haben, und
- 2.) wie werten Sie im Lichte dieser neuen
Begebenheiten die Entscheidung des Herrn
Staatspräsidenten Dr.Hácha im März 1939?"

Keiner der drei Minister hatte nun die Neigung, sich
zu dem erbetenen Interview zu stellen und die Fragen zu
beantworten. Zu ihrem Wortführer machte sich - wie

üblich - Minister Havelka. Er erklärte, er verstehe nicht, aus welchen Gründen ein erfahrener Journalist derart naive Fragen stelle, und führte weiterhin aus, er müsse erst den Staatspräsidenten unterrichten. Sei das geschehen, so werde eine Entschliessung des Ministerrats herbeigeführt werden. Krychtalek wurde von Ministerialrat v. Gregory angesichts dieser Entwicklung zu verstehen gegeben, die Haltung der Minister erschwere die deutsche Pressearbeit und müsse als sehr befremdend bezeichnet werden. Eine telefonische Rückfrage von Minister Ježek bei Ministerialrat v. Gregory, ob der Wunsch von Krychtalek von ihm gebilligt werde, wurde positiv beantwortet. Ježek selbst wies noch darauf hin, dass ihm die Verzögerung der Angelegenheit sehr peinlich sei. Desungeachtet hatte Krychtalek bis zum 9.d.M., 16,30 Uhr, keine Antwort. Den Ministern wurde daraufhin über Krychtalek mitgeteilt, es bestehe kein Interesse mehr an etwaigen Äusserungen ihrerseits. Bei dieser Sachlage entschloss ich mich zu einem scharfen amtlichen Schreiben an den Ministerpräsidenten Eliáš, indem ich mein Befremden über die illoyale Haltung der Minister zum Ausdruck brachte und mir die geeignet erscheinenden Massnahmen vorbehielt. Das Schreiben - es ist in Abschrift angeschlossen - wurde Eliáš am gleichen Tage - also am 9.d.M. - um 19,30 Uhr zugestellt. Krychtalek hatte inzwischen um 19 Uhr als erstes amtliches Lebenszeichen der Minister ein Schreiben erhalten, das die Stellungnahme des Ministerrats beinhaltete und "im Einvernehmen mit den andern Mitgliedern der Regierung und mit Zustimmung des Herrn Staatspräsidenten" darlegte, die Regierung stände hinter dem Staatspräsidenten und billige seinen Entschluss vom 15.3.1939. Hieraus ergäbe sich auch klar

der Standpunkt der Regierung zu wie immer gearteten auswärtigen Ereignissen. Das Schreiben selbst sei keinesfalls zur Veröffentlichung bestimmt. Diese Haltung der drei Minister, des Ministerrates und des Ministerpräsidenten Eliáš empfinde ich als einen schweren Affront gegen das Grossdeutsche Reich, der bestimmte Folgen haben muss. Es ist zu entscheiden, ob und wie die so geschaffene politische Situation vom Reichsprotector ausgenutzt werden soll. Es kann verlangt werden:

- 1.) Der Rücktritt der drei Minister. Im tschechischen Volk wird nach meiner Kenntnis der Dinge die Auswechslung der Minister keine Unruhe auslösen. Die militärischen Ereignisse im Südosten überschatten das politische Leben im Protectorat derart, dass das tschechische Volk die Auswechslung der Minister interesselos hinnehmen wird.
- 2.) Der Rücktritt der Gesamtregierung und die Neubildung eines Kabinetts mit Tschechen.
- 3.) Falls der Staatspräsident Hácha sich mit dem Kabinett solidarisch erklärt und demissioniert, die Zusammenlegung der tschechischen neun Ministerien auf etwa vier Ministerien und die Besetzung durch deutsche Kommissare in Personal-Union mit den Abteilungsleitern des Amtes des Reichsprotectors unter Beibehaltung des vollständigen tschechischen autonomen Verwaltungs-

41

- 4 -

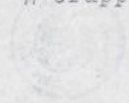
apparates in allen Instanzen.

Es ist weiterhin zu entscheiden, ob der Zeitpunkt zur Durchführung einer der vorstehenden Massnahmen heute geeignet erscheint.

Prag, den 11. April 1941.

In Vertretung:

W-Gruppenführer, Staatssekretär.



16086

Der Gauleiter und Reichsstatthalter
im Sudetengau

42
Reichenberg, den 10. Oktober 1944.
Reichsstatthaltere

Ministeramt

Bsp: 14. OKT. 1944

Persönlich ! Eigenhändig!

An den
Deutschen Staatsminister
für Böhmen und Mähren
H - Obergruppenführer
Karl Hermann F r a n k

P r a g IV.

Czernin Palais.

Betrifft: Rechtsanwalt Dr. Anton Leo D e m b i t z k y;
Schreiben vom 3.11.1943 - St.M. 126 a/92/43.

Lieber Karl !

In der Angelegenheit des Rechtsanwaltes Dr. Dembitzky hat mir nunmehr H - Obergruppenführer Dr. Kaltenbrunner das Ergebnis seiner Ermittlungen mitgeteilt. Abschrift seines Schreibens übermittle ich Dir zur Kenntnisnahme. Auf Grund dieser Ermittlungen und der derzeitigen Lage sehe ich davon ab die Sache weiter zu verfolgen.

Mit kameradschaftlichen Grüßen
Heil Hitler !

W. Kaltenbrunner

1 Anlage.

Dr. Kaltenbrunner 9.10. g. R. von ...

V B-4 L/42

43

A b s c h r i f t .

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD

Berlin SW 11, den 30. Sept. 1944.
Prinz-Albrecht-Strasse 8.

IV B 2 c - Nr. 1514/43.

An den
Gauleiter und Reichsstatthalter im Sudetengau
in Reichenberg.
Reichsstatthaltereie.

Betrifft: Rechtsanwalt Dr. Anton Leo D e m b i t z k y,
geb. am 10.9.1884 in Grossawoda.

Bezug: Schreiben vom 18.10.43.

Lieber Pg. Henlein !

Rechtsanwalt Dr. Anton Leo D e m b i t z k y hat sich nach den Feststellungen der Staatspolizeistelle Troppau nur einige Male vorübergehend in Hlaska aufgehalten. Es kann ihm nur nachgewiesen werden, daß er einmal am 5.7.43 bei Hlaska die grüne Grenze nach dem Protektorat überschritten hat. Sein Verhalten als Rechtsvertreter einer Grundstücksbesitzerin, deren Tochter seine Angestellte ist, hat zu Klagen Anlaß gegeben. Ebenso erregte sein arrogantes Auftreten in dem kleinen Ort Hlaska Mißfallen.

Der Obgenannte ist seit 1941 in Groß-Chmelechin (Kr. Pondersam) wohnhaft und besitzt dort eine 13 ha große Landwirtschaft. Nach dem Bericht der Staatspolizeistelle Karlsbad ist er bisher in keiner Hinsicht nachteilig in Erscheinung getreten.

Ein staatspolizeiliches Einschreiten gegen Dr. D., wie von dort angeregt, ist auf Grund dieses Ermittlungsergebnisses nicht vertretbar. Außerdem würde die Verlegung des Wohnsitzes in den Gau Pommern oder Mecklenburg bei der heutigen Wohnungs- und Transportlage kaum durchführbar sein.

Ich habe die Staatspolizeistelle Karlsbad angewiesen, Dr. Dembitzky die Auflage zu erteilen, das Protektoratsgebiet nicht mehr zu betreten und ihn auch weiterhin zu beobachten.

H e i l H i t l e r !

gez. Stets Ihr

Kaltenbrunner

**Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD**

Berlin SW 11, den 30 Sept. 1944.
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: Ortsverkehr 12 00 40 · Fernverkehr 12 64 21

IV B 2 c - Nr. 1514/43

Bitte in der Antwort vorliegendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

49
Ministeramt
Eing.: 8. OKT. 1944

An den

Deutschen Staatsminister für Böhmen u. Mähren
- Obergruppenführer K.H. Frank -

in Prag.

Betrifft: Rechtsanwalt Dr. Anton Leo Dembitzky,
geb. am 10.9.1884 in Grossawoda.

Bezug: Schreiben vom 3.11.43 - St.M.126/92/43 -

Anlage: - 1 -

Lieber Frank!

Das Ermittlungsergebnis der Staatspolizeistellen
Troppau und Karlsbad rechtfertigt nicht eine so einschnei-
dende Maßnahme gegen Dr. Dembitzky, wie sie die Verlegung
des Wohnsitzes nach Norddeutschland darstellt. Den Durch-
schlag meines Antwortschreibens an Gauleiter und Reichs-
statthalter Henlein füge ich mit der Bitte um
Kenntnisnahme bei.

Mit besten Grüßen

und

Heil Hitler!

Heil
Reichsbanner

1) Genf. will Bayern nach neuer Vorlage
2) Def. hier

157
St. M. V 30-49/43

IV B 2 c - Nr. 1514/43

An den
Gauleiter und Reichsstatthalter im Sudetengau
in Reichenberg,
Reichsstatthalterei.

Betrifft: Rechtsanwalt Dr. Anton Leo Dembitzky,
geb. am 10.9.1884 in Grossawoda.

Bezug: Schreiben vom 18.10.43.

Rechtsanwalt Dr. Anton Leo Dembitzky hat sich nach den Feststellungen der Staatspolizeistelle Troppau nur einige Male vorübergehend in Hlaska aufgehalten. Es kann ihm nur nachgewiesen werden, daß er einmal am 5.7.43 bei Hlaska die grüne Grenze nach dem Protektorat überschritten hat. Sein Verhalten als Rechtsvertreter einer Grundstücksbesitzerin, deren Tochter seine Angestellte ist, hat zu Klagen Anlaß gegeben. Ebenso erregte sein arrogantes Auftreten in dem kleinen Ort Hlaska Mißfallen.

Der Obengenannte ist seit 1941 in Groß-Chmelechin (Kr.Podersam) wohnhaft und besitzt dort eine 13 ha große Landwirtschaft. Nach dem Bericht der Staatspolizeistelle Karlsbad ist er bisher in keiner Hinsicht nachteilig in Erscheinung getreten.

Ein staatspolizeiliches Einschreiten gegen Dr. D., wie von dort angeregt, ist auf Grund dieses Ermittlungsergebnisses nicht vertretbar. Außerdem würde die Verlegung des Wohnsitzes in den Gau Pommern oder Mecklenburg bei der heutigen Wohnungs- und Transportlage kaum durchführbar sein.

Ich habe die Staatspolizeistelle Karlsbad angewiesen, Dr. Dembitzky die Auflage zu erteilen, das Protektoratsgebiet nicht mehr zu betreten und ihn auch weiterhin zu beobachten.

Heil Hitler!

gez. Dr. Kaltenbrunner.

46
W-Ogruf.

12. Juli 1944.

St.M. 347/44/126/43.

- 1.) An
W-Obergruppenführer und
General der Polizei Dr. Kaltenbrunner,
Chef der Sicherheitspolizei und des SD,
B e r l i n ,
Reichssicherheitshauptamt.

Lieber Kaltenbrunner !

In Sachen Rechtsanwalt Dr. Leo Dembitzki
bitte ich unter Bezugnahme auf mein Schreiben vom 3.11.v.Js. - Zeichen St.M. 126/92/43 um eine Mitteilung über den Stand der Angelegenheit.

Mit besten Grüßen und

H e i l H i t l e r !
Dein

- 2.) Wv. am 8.8.1944 bei mir.
Wiedervorgelegt am 8.12.44

W-Ogruf.

57
3. November 1943.

St.N.126/92/43. ✓

1.) An

W-Obergruppenführer und
General der Polizei Dr.Kaltenbrunner,
Chef der Sicherheitspolizei und des SD,
B e r l i n ,
Reichssicherheitshauptamt.

Lieber Kaltenbrunner !

Gauleiter und Reichsstatthalter Henlein hat unter dem 18.
10.d.Js. an Dich das in Fotokopie angeschlossene Schreiben
gerichtet. Ich kann die Ausführungen, die in diesem Schrei-
ben gemacht worden sind, nur unterstützen und würde es be-
grüßen, wenn Du Rechtsanwalt Dr.Leo Dembitzki auf Grund
des umfangreichen Materials, das Deinen Dienststellen über
ihn vorliegt, alsbald als endgültigen Wohnsitz einen Ort
außerhalb des Sudetengaus - etwa in Norddeutschland -
anweisen würdest. Für eine Mitteilung des von Dir Veranlaß-
ten bin ich zu Dank verbunden.

Mit besten Grüßen und

H e i l H i t l e r !
Dein

2.)

Der Deutsche Staatsminister.
(p.d.)

48
3. November 1943.

St.N. 126 a/92/43.

20-11-1943	20-11-1943
1000	1000
1000	1000

2.) Persönlich! Eigenhändig!

An Herrn

Gauleiter und Reichsstatthalter Konrad Henlein,
Reichenberg,
Gauleitung.

Lieber Konrad !

In Sachen Rechtsanwalt Dr. Leo Dembitzki erwidere ich auf Dein Schreiben vom 19.10.d.Js., daß ich mich an W-Obergruppenführer Dr. Kaltenbrunner gewandt habe, um Dein Schreiben vom 18.10.d.Js. entsprechend zu unterstützen. Eine Durchschrift meines an Obergruppenführer Dr. Kaltenbrunner gerichteten Schreibens füge ich zur gefälligen Entnahme bei.
Mit herzlichen Grüßen und

Heil Hitler !
Dein

3.)

98a

Der Deutsche Stenografen-Verein
(.b.p.)

3.) G.R. mit 1 Heft
H-Obersturmbannführer Jacobi

zur Kenntnis übersandt

A 2296

SD Leitab. Ernst Dörm	Bl. 2
15230	4 NOV 1943
A.S.	

*Bitte an Tagelöhler auf van sein
aufpassen*



4.) ~~AT 2551~~ zum Vorgang.

R. M. / v.

49

Der Gauleiter und Reichsstatthalter
im Sudetengau

Reichenberg, den 19. Oktober 1943
Reichsstatthalterei

An
Staatsminister
SS-Obergruppenführer Karl Hermann F r a n k

P r a g
Czernin-Palais.

Ministeramt
22. OKT. 1943

Betrifft: Dr. Leo Dembitzky

Lieber Karl!

In der Anlage übermittle ich Dir Abschrift meines
Schreibens an SS-Obergruppenführer Dr. Kaltenbrunner
mit der Bitte, im gleichen Sinne an Dr. Kaltenbrunner
heranzutreten.

Mit herzlichen Grüßen

/1 Anlage.

Heil Hitler!

Heinrich Himmler

Frank
AMK

M. V B - 4 e / 42

Der Gauleiter und Reichsstatthalter
im Sudetengau

Reichenberg, den 18.10.43

An den

Chef der Sicherheitspolizei und des SD
SS-Obergruppenführer Dr. Ernst Kaltenbrunner

B e r l i n SW.11

Prinz-Albrecht-Str. 8.

Lieber Kamerad Kaltenbrunner!

Im Einvernehmen mit Staatsminister SS-Obergruppenführer Karl Hermann Frank bitte ich um Ihr Eingreifen in folgender Angelegenheit:

Im November vorigen Jahres wurde der in Prag ansässige Rechtsanwalt Dr. Leo Dembitzky aus dem Protektorat Böhmen und Mähren ausgewiesen. Dr. Dembitzky ist durch uble politische Machinationen aufgefallen und bildete einen Störungsherd erster Ordnung. Er nahm nach Anweisung aus dem Protektorat seinen Wohnsitz in dem kleinen sudetendeutschen Grenzort Hlaska im Landkreis Grulich. Die grenznahe Lage seines neuen Aufanhaltsortes benutzte er nach Aussagen der Bevölkerung zu illegalen Reisen in das Protektorat. Im Orte selbst gibt Dr. Dembitzky Anlaß zu Zank und Aerger, sodaß der Kreisleiter in Grulich sowie die Bevölkerung von Hlaska die Entfernung Dr. Dembitzkys begrüßen würde.

Ich wäre Ihnen, lieber Kamerad Kaltenbrunner, sehr dankbar, wenn Sie sich des Falles annehmen würden und die Angelegenheit überprüfen ließen.

Nach Mitteilung von Staatsminister Karl Hermann Frank liegt beim Reichssicherheitshauptamt bereits genügend Material vor, um Dr. Dembitzky zur Aufgabe seines Wohnsitzes im sudetendeutschen Raum und zur Wahl eines neuen Wohnsitzes in einem anderen Reichsgebiet, etwa in Norddeutschland, veranlassen zu können.

Mit kameradschaftlichen Grüßen

Heil Hitler!

gez. Konrad Henlein

F.d.R.d.A.: *Ref*

51
7. Oktober 1943.

st.M.92/43/st.S.396/43. ✓

1.) Persönlich! Eigenhändig!

An Herrn
Gauleiter und Reichsstatthalter Konrad Henlein,
Reichenberg,
Gauleitung.

Lieber Konrad !

Für Dein Schreiben vom 13.9.d.Js. in Sachen Rechtsanwalt Dr.Leo Dembitzki danke ich herzlich. Meiner Auffassung nach genügt es, wenn von Deiner Seite ein Schreiben an W-Obergruppenführer Dr.Kaltenbrunner mit der Anregung gerichtet wird, Dr.Dembitzki seinen Wohnsitz außerhalb des Sudetengebietes nehmen zu lassen. Das Reichssicherheitshauptamt hat über Dembitzki genügend Material vorliegen, sodaß zu der Anregung bereits auf Grund dieses Materials Stellung genommen werden kann. Es würde meines Erachtens nur zu einer Belastung der Dienststellen der Sicherheitspolizei führen, wenn das Material im Detail zwischen Dir und mir noch ausgetauscht werden müßte. Ich darf anregen, daß Du mir eine Durchschrift Deines an Obergruppenführer Dr.Kaltenbrunner gerichteten Schreibens zuleitest, damit ich die Anregung entsprechend unterstützen kann.

Mit herzlichen Grüßen und

H e i l H i t l e r !
Dein

2.) Zum Vorgang.

Der Gauleiter und Reichsstatthalter
im Sudetengau

Reichenberg,
Reichsstatthalterei

den 13. September 1943

Eingegangen am

18. IX. 1943

Herrn
Staatsminister SS-Obergruppenführer
Karl Hermann F r a n k

P r a g

Betrifft: Dr. Leo Dembitzki.

Lieber Karl!

Nachdem ich vor einigen Tagen wieder nach Reichenberg zurückgekehrt bin, komme ich erst heute zur Beantwortung Deines Schreibens vom 18.8.1943. Ich teile völlig Deinen Standpunkt, daß man alles unternehmen soll, um Dembitzki aus unserem Raum abzuschieben. Die praktische Durchführung bereitet aber nun insofern Schwierigkeiten, als das in Abschrift beigefügte Rundschreiben Nr.2/43 des Leiters der Partei-Kanzlei vom 6.1.1943 die Abschiebung derartiger Elemente wie Dembitzki auf einfachem Wege praktisch unmöglich macht. Ich bitte Dich deshalb, mir zunächst etwaiges Material, das Dir über Dembitzki zur Verfügung steht und das ein staatspolizeiliches Einschreiten gegen ihn ermöglichen würde, zu übermitteln. Vielleicht genügt dazu allein schon der Nachweis, daß Dembitzki seinen Aufenthalt in Hlaska deshalb gewählt hat, um von dort aus illegal in das Protektorat einreisen zu können.

Mit herzlichen Grüßen

Heil Hitler!

/1 Anlage

Heinrich Lammert

St. M. P. B. - 4 d/42

Abschrift.

53

Der Leiter der Partei-Kanzlei

München, den 6.1.1943

Rundschreiben Nr. 3/43.

Bei Prüfung verschiedener Eingaben konnte festgestellt werden, daß in einigen Gauen "Gauverweisungen" und "Gauverbote" erlassen worden sind. Personen, deren Aufenthalt in einem Gau unerwünscht war, wurden aufgefordert, den Gau zu verlassen. Sie mußten sich schriftlich verpflichten, ihn nicht wieder zu betreten. In einigen Fällen leisteten die örtlichen Dienststellen der Geheimen Staatspolizei bei der Durchführung der Gauverweisung Hilfe.

Bei den Beteiligten und in der Öffentlichkeit wurden die Gauverweisungen nicht selten als Zeichen der Schwäche gedeutet, da andere Maßnahmen offenbar gescheut wurden, oder nicht angewendet werden konnten. Nicht zu Unrecht ist darauf hingewiesen worden, daß offensichtlich in einigen Gauen andere Gaue als "Ausland" betrachtet werden, in das unbequeme Personen abgeschoben werden können.

Da durch die Gauverweisungen und Gauverbote der Eindruck erweckt werden kann, als herrsche nicht in allen Gauen des Großdeutschen Reiches eine einheitliche politische Auffassung und Ausrichtung, bitte ich zu veranlassen, daß in Zukunft derartige Maßnahmen unterbleiben.

Die aus übergeordneten staatspolizeilichen Gesichtspunkten erlassenen Aufenthaltsge- und verbote der Geheimen Staatspolizei für bestimmte Personen bleiben von dieser Stellungnahme unberührt.

gez. M. Bormann

F.d.R.d.A.: *Seuf*, Angestellte

H-Ogruf.

54
18. August 1943.

st.s.396/43. ✓

1.) Persönlich! Eigenhändig!

An Herrn
Gauleiter und Reichsstatthalter Konrad Henlein,
Reichenberg,
Gauleitung.

Lieber Konrad !

Im November vv.Js. wurde der in Prag ansässige Rechtsanwalt Dr. Leo Dembitzki aus dem Protektorat ausgewiesen. Dr. Dembitzki, der Dir aus der Kampfzeit bekannt sein wird, ist durch üble politische Machinationen aufgefallen und bildete einen Störungsherd erster Ordnung. Dembitzki nahm, nachdem er das Protektorat verlassen hatte, seinen Wohnsitz in Hlaska. Da Hlaska ein kleiner Grenzort ist und sich die Wohnung von Dembitzki unmittelbar an der Protektoratsgrenze befindet, benutzt er die günstige Gelegenheit, um illegal in das Protektorat einzureisen. Die Wahl von Dembitzki ist deshalb auf Hlaska gefallen, weil er dort ein Verhältnis mit einer Frau unterhält. In Hlaska selbst gibt Dembitzki Anlaß zu Zank und Ärger. Soweit ich es übersehe, würde es der Kreisleiter in Grulich sowie die Bevölkerung von Hlaska begrüßen, wenn Dembitzki zur Aufgabe des Wohnsitzes veranlaßt würde. Ich möchte in der Angelegenheit keine Schritte unternehmen, da ich

5 B-40/42

55

örtlich nicht zuständig bin, wäre Dir jedoch dankbar, wenn Du die Angelegenheit einmal überprüfen lassen würdest. Alsdann darf ich anregen, Dich dafür zu verwenden, daß Dembitzki auch aus dem Sudetengau abgeschoben und seinen endgültigen Wohnsitz außerhalb des Gaus - etwa in Norddeutschland - angewiesen erhält. Für eine gelegentliche Mitteilung des von Dir Veranlaßten bin ich zu Dank verbunden.

Mit herzlichen Grüßen und

Heil Hitler !
Dein

18. VIII. 1943

2.) Durchschrift an
1/4-Obersturmbannführer Jacobi

zur Kenntnis.
Der dort. Vorgang ist angeschlossen.

3.) Wv. am 18.9.1943 bei mir.

Wv. am 18.9.1943 bei mir.

St.S. V B - 4 b/42.

56
Prag, den 18. Mai 1943.

1.) Vermerk:

Eine Antwort auf das hies. an Reichsminister Dr. Lammers
unter dem 8.12.v.Js. - Zeichen St.S. 505/42 gerichtete
Schreiben ist nicht eingegangen. Daher

2.) vorläufig z.d.A.

→

54 57
19. Dezember 1942.

St.S. V B - 4 a/42.

21. 12. 1942
Me
1.) An Herrn
Sektionschef Dr. v. Popelka,
Prag IV
Burg.

Sehr geehrter Herr Sektionschef !

Das dort. Schreiben vom 5.12.d.Js. - ohne Zeichen in Sachen
Rechtsanwalt Dr. Dembitzki hat dem Herrn Staatssekretär vor-
gelegen. Der Herr Staatssekretär läßt Herrn Staatspräsi-
denten Dr. Hácha und Ihnen für die Mühewaltung herzlich danken.
Ich bitte Sie, Herrn Staatspräsidenten Hácha entsprechend
zu unterrichten.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung

Ihr

fu
Ministerialrat.

2.) Zum Vorgang.

St.S. V B - 4/42.

Prag, den 14. Dezember 1942.

58

6/9

8031/42

P 22/6

Sofort auf den Tisch !

SD-Beitragsschnitt D	
	18 DEZ 1942
Bearbeitet:	Kontingenz...
III/II	

G.R. mit 3 Anlagen im Umlaufverfahren

a) $\frac{1}{4}$ -Standartenführer Weinmann und

b) $\frac{1}{4}$ -Sturmabführer Jacobi

unter Bezugnahme auf den Inhalt der Anlagen zur Kenntnis übersandt.

$\frac{1}{4}$ -Obersturmbannführer.

25.
Lst. am 7. V. 1943 bei dem
berlegen...

4. 4. 43
A. 5. 43

10 7/1. 43.

Der Staatssekretär.

59
8. Dezember 1942.

St.S. 505/42.

907/06
8. XII. 1942

An
Herrn Reichsminister und
Chef der Reichskanzlei Dr. Lammers,
B e r l i n .

Sehr verehrter Herr Reichsminister !

Bei dem ehemaligen Prager Advokaten Dr. Anton Leo Dembitzki handelt es sich um einen pathologischen Fall. Dembitzki ist ein Kritiker und Politikaster (Ubelster Art, hält sich selbst allerdings für ein politisches Genie). Im Jahre 1918/19 gehört er der damaligen deutsch-böhmischen Landesregierung unter Dr. Lodgmann als Beamter und in den kommenden Jahren fast allen bürgerlichen Parteien als Mitglied an. Bei den Parlamentswahlen im Jahre 1920 kandidierte er - ohne gewählt zu werden - für die "deutsch-demokratische Freiheitspartei" (Parteiführer der Jude Kafka). Seine politische Meinung kommt in einem von ihm unterzeichneten Brief vom Januar 1937 zum Ausdruck, in dem er u.a. schreibt :

"Wenn man in politischen Spiel bleiben will, muß man sich um alle Dinge kümmern. Wenn man auf dem Standpunkt der Freiheit der Ausübung der Verteidigung steht, dann muß man a l l e Prozesse übernehmen, die irgendwelche Bedeutung haben, ohne daß man sich mit ihnen intendifiziert

60

Infolge seiner bissigen Kritik verfeindete er sich nacheinander mit allen politischen Parteiführern, beruft sich aber bedenkenlos bei Bedarf auf seine Beziehungen zu ihnen.

In "Volkssportprozeß" hat er neben sechs anderen Advokaten die Angeklagten verteidigt. Wenn Dembitzki heute "die geistige und prozessuale Führung" für sich allein in Anspruch nimmt, so dürften die übrigen sechs Advokaten diese Anmaßung Dembitzki sehr übel nehmen.

Sein Ehrgeiz, stets im politischen Leben die führende Rolle zu spielen, läßt ihn jedes Mittel zur Erreichung seines Zieles anwendbar erscheinen. So hat er hemmungslos zu allen Kreisen, auch zu tschechischen und jüdischen Beziehungen angeknüpft und unterhalten und sich zum Beispiel dem Kabinettschef des Staatspräsidenten, dem Tschechen Popelka gegenüber - wie dieser am 5. Dezember bei mir angab - seiner engen Beziehungen zum Führer persönlich gebrüstet.

In den schweren Kampfjahren 1934/38 führte er für die regierungstreue Partei des "Bundes der Landwirte" in der Tschecho-Slowakei und für seinen Verbandsbruder, den Minister Dr. Spina, mehrere Prozesse gegen die Sudetendeutsche Partei und gegen Konrad Henlein. Die Darstellungen Dembitzki's in seiner Eingabe an den Führer aus der Zeit nach 1934, zum Beispiel über Brehm und die SdP, der Fall Peukert, die Stellung zu den damaligen deutschen Ministern sind falsch. Beweise dafür sind jederzeit zu erbringen.

Zur Behauptung Dembitzki's, den Staatspräsidenten Hácha am 14.3.1939 zu der Fahrt nach Berlin zum Führer veranlasst zu haben, bat ich den Staatspräsidenten um eine Äußerung. Die schriftliche Stellungnahme des Staatspräsidenten Dr. Hácha vom 5. Dezember d. Ja. liegt in Fotokopie und Abschrift bei (Beilage I).

Nach Errichtung des Protektorates hat Dembitzki sich tschechischen Kreisen, besonders auch tschechischen Ministern gegenüber wiederholt derart kritisch und ablehnend über die Politik des Reichsprotectors geäußert, daß er die politische Linie der deutschen Führung gefährdete. Freiherr v. Neurath war wiederholt empört über die Einmischungsversuche Dembitzki's in die Reichspolitik. Als er dann bei Kriegsbeginn ohne Wissen und gegen den Willen des Reichsprotectors tschechische Regierungsstellen überreden wollte, unter Umgehung des Reichsprotectors direkt zum Führer zu fahren, um ihm die Aufstellung eines tschechischen Heeres zum Kriegseinsatz anzubieten, mußte gegen Dembitzki staatspolizeilich vorgegangen werden, da durch sein arrogantes Auftreten unter Berufung auf seine guten Beziehungen zu Berliner Stellen, das Ansehen des Reichsprotectors bei der tschechischen Regierung ernstlich gefährdet erschien. Statt Dembitzki lediglich des Landes zu verweisen, wäre eine damals beabsichtigte Überstellung Dembitzki's in ein Konzentrationslager richtiger gewesen.

Von welcher krankhaften Einbildung Dembitzki ist, geht aus vielen Stellen der Eingabe selbst hervor. Wie er schreibt, hält er sich zur "Auslese" der Menschheit gehörig. Zu seinem Ehrgeiz kommt die undeutsche Grundeinstellung des typischen Advokaten der Systemzeit mit der Sucht, möglichst viel Geld zu verdienen.

Interesshalber schließe ich eine Stellungnahme des ehemaligen Bundesbruders Dembitzki's, Bernhard Adolf, und heutigen Generaldirektors des Vereins für chemische und metallurgische Produktion bei, die ich ebenfalls eingeholt habe (Beilage II).

Irgendwo im Altreich, möglichst fern von Böhmen und Mähren könnte ihm eine Rechtsanwaltspraxis gestattet wer-

62

den, will man seine sogenannten "völkischen Verdienste" würdigen. Ein Aufenthalt Dembitzki's in Böhmen und Mähren kann für alle Zukunft nie mehr in Frage kommen.

Ich hoffe, Ihnen, sehr verehrter Herr Reichsminister, mit dieser Stellungnahme gedient zu haben, und zeichne mit

Heil Hitler!
Ihr sehr ergebener

88787

DER STAATSPRÄSIDENT
DES PROTEKTORATES BÖHMEN UND MÄHREN

Auf meine Ehre
zum Führen der
Republik
Vereine
in
Lina

1918

Dr. Bernhard Adolf
Generaldirektor des Vereins für
chemische und metallurgische Pro-
duktion

Prag, den 4.12.1942.
Stephansgasse 28.

A/R.

An

W-Gruppenführer
Staatssekretär K.H. Frank,

P r a g IV,
Czernin Palais.

Betr.: Herrn Dr. Dembicky.

W-Gruppenführer!

Betreffend die mir bekannten Vorgänge um Herrn Dr. Dembicky erlaube ich mir, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Dr. Dembicky war Mitglied der früheren Burschenschaft "Carolina", der damals am meisten rechts gerichteten Burschenschaft auf Prager Boden. Aus Erzählungen meiner Bundesbrüder ist mir bekannt, dass damals bereits Dr. Dembicky in den zu allen Zeiten heißen politischen Diskussionen auf Prager Boden meistens eine von der allgemeinen Auffassung abweichende Haltung, zumeist unverträglicher Natur, angenommen hat und immer als politischer Einzelgänger aufgefasst wurde. Er wurde daher bereits als Student, allerdings wie ich durch Rückfrage bei den Ältesten Mitgliedern festgestellt habe, infolge eines persönlichen Vergehens aus den Reihen der Burschenschaft gestrichen, was nicht eine ehrenvolle Entlassung bedeutet. Seine Unverträglichkeit, Überheblichkeit und Besserwissen waren als seine hervorstechendsten Charakterzüge bekannt gewesen. Genau so unverträglich wie er gegenüber seinen politischen Freunden galt, war er auch in Fachkreisen bekannt.

In der Zeit als ich Studentenführer in Prag und in der ehemaligen Tschechoslowakei gewesen bin - d.i. von 1929/30 angefangen - ist Herr Dr. Dembicky in dem kämpferischen nationalen Lager in Prag in keiner Weise hervorgetreten. Ein politisches Vertrauensverhältnis zwischen der Studentenschaft als der in diesen Jahren zweifellos auf Prager Boden aktiven Kampftruppe bestand nicht.

64a

Über das politische und persönliche Verhalten des Herrn Dr. Dembicky, im besonderen während der Zeit der politischen Prozesse ist mir aus eigener Kenntnis sowie aus Mitteilungen meines engeren Bekanntenkreises folgendes bekannt:

Dr. Dembicky hat die Verteidigung im Volkssportprozess in einer Form geführt, dass die Angeklagten teilweise selbst das Empfinden hatten und in der Öffentlichkeit der Eindruck entstand, dass Dr. Dembicky Lorbeeren ernten wollte, selbst dann, wenn diese zu Lasten der Angeklagten gingen. Die Hauptverteidigung hatte damals Herr. Dr. Stark inne, der bemüht war, nach dem Konzept, das von Abgeordneten Rudolf Jung stammte, eine politische Konzeption vor diesem Forum zu entwickeln. Dr. Dembicky hat durch wiederholt temperamentvoll geführte Einbrüche in dieses Verteidigungskonzept die Hauptverteidigung, die ihm nicht oblag, gestört. Feststeht, dass die Rolle, die er während dieses Prozesses gespielt hat, nicht immer eine glückliche war. Neben der durch Dr. Stark geführten Verteidigung waren es vor allem die Angeklagten Peter Donnhäuser und Rudolf Haider, die die Verteidigung im Gegensatz zu der von Dr. Dembicky vertretenen Auffassung in würdevoller und politisch wirkungsvoller Form geführt haben. Auch in anderen Prozessen hat Dr. Dembicky wiederholt die Verteidigung in einer Weise geführt, dass ihm politisches Format abgesprochen werden muss. Dr. Dembicky stand persönlich ausserhalb der Parteigruppen und hat vorhandene Verbindungen zu rechts orientierten Kreisen der tschechischen Agrarier und Bindungen der deutschen Regierungslandwirte benützt, um eine interessante Rolle zu spielen. Praktisch hat er weder Positives erreichen noch in den Kreisen der nationalen Bewegung sich durchsetzen können. Die politische Entwicklung ging daher über ihn hinweg und er hat in der letzten Phase nochmals versucht über vorhandene persönliche Verbindungen zur Rechts-Opposition innerhalb der sudetendeutschen Bewegung seine politischen Drahtziehereien aufzunehmen. Die einzelnen Persönlichkeiten dieser Rechts-Kreise haben sich niemals mit Herrn Dr. Dembicky identifiziert. Dies erlaube ich mir Ihnen zu Ihrer persönlichen Information zu unterbreiten. Ich bin aber in der Lage für diese Feststellungen selbst und mit meinen politischen Freunden einzutreten.

Heil Hitler!

Ihr sehr ergebener:

gez. Adolf.

72736

109-5-8

KANZLEI
DES STAATSPRÄSIDENTEN

65
Lana, am 5. Dez. 1942.

Sehr geehrter Herr Ministerialrat.

Dem Auftrage des Herrn Staatssekretärs gemäß habe ich heute dem Herrn Staatspräsidenten mitgeteilt, daß Dr. Dembitzki behauptet, er sei der Initiator der Reise des Herrn Staatspräsidenten zum Führer am 15. März 1939 gewesen.

Der Herr Staatspräsident hat seine Antwort zu der beiliegenden schriftlichen Erklärung mitgeteilt. Ich bitte Sie, dieselbe dem Herrn Staatssekretär vorlegen zu wollen.

Mit der Versicherung

65a

meiner vorzüglichen Kochkunst

Ihr ergebener

J. Popelka



72735

109-5-p

DER STAATSPRÄSIDENT
DES PROTEKTORATES BÖHMEN UND MÄHREN

66

Auf meinen Entschluss, am 11. März 1919
zum Führer zu fahren, hat Dr. Dem. bi bli keinen
Einfluss gehabt und konnte ihm nicht loben.
Vier damals noch später ist sein Name mit jenen
in Zusammenhang mit dieser Angelegenheit erwähnt worden.
Lena am 5. September 1919
SE. Heick.

Präsident

Sicherheitsdienst RFH
SD-Leitabschnitt Prag

III A PA 2296

Prag-Lubentsch
Sachenvog
Fernsprecher 77444

67

4. Dezember 1942

E i l t s e h r l i c h

An den

Persönlichen Referenten des Herrn Staatssekretar
beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren
Hauptsturmbannführer Dr. G i e s

P r a g .

Betr.: D e m b i t z k i , Leo, Dr., früher
Rechtsanwalt in Prag.

Vorg.: Rücksprache mit Hauptsturmbannführer J a c o b i .

Nach der hier vorliegenden Meldung wurde
D e m b i t z k i während seiner Prager Studenten-
zeit als inaktiver Bursche der Burschenschaft
" Carolina " wegen leichtsinniger Geldgeschichten
" exkludiert ". Es ist allerdings nicht klar ersicht-
lich, ob es ein ehrloser Ausschluss („ cum infamia ")
war, oder ob der Ausschluss keine ehrenrührigen
Folgen für D e m b i t z k i hatte. Die Wahrsein-
lichkeit spricht für das Letztere, da es in der
Meldung heisst " exkludiert ", also der abge-
schwachte ehrlose Hinauswurf im einstigen studen-
tischen Sprachgebrauch. Der Ausschluss D e m b i t z k i
geschah vor dem ersten Weltkriege.

i.H.
Hauptsturmbannführer

Somit Verfügung von Scrippenfolies
Wird in Vorzug an mich eingelegt
an dass Geif nachfolgend.

Empfänger bei Vorzug gezeichnet. Kistner 3.12.42

Abschrift.

Der Staatspräsident
des Protektorates Böhmen und Mähren

T 199/42

Lana, den 15. Juni 1942.

Betrifft: Strafsache gegen den Gutsbesitzer
Rudolf B e r a n wegen Hochver-
rats und Feindbegünstigung.
4 Anlagen.

Sehr geehrter Herr Staatssekretär

Mit Beziehung auf Ihr Schreiben vom 13. Juni 1942 ,
I/9 E 62/42 g, beehre ich mich Ihnen meine Äusserung zu den
mir vom Vorsitzenden des I. Senats des Volksgerichtshofs vor-
gelegten Behauptungen des Angeklagten Rudolf Beran, mit 3 Ab-
schriften zu übersenden.

Mit vorzüglicher Hochachtung
gez. Dr. H á c h a

An den
Ständigen Vertreter des Stellvertretenden
Reichsprotectors in Böhmen und Mähren
Herrn Staatssekretär Karl H. F r a n k,
SS-Gruppenführer

in P R A G

Handwritten notes in blue ink:
Lana, den 15. Juni 1942
Lana, den 15. Juni 1942

69

Äußerung des Staatspräsidenten Dr. Emil Hácha zu den ihm vom Vorsitzenden des I. Senats des Volksgerichtshofs vorgelegten Behauptungen des Angeklagten Rudolf Beran.

1.) ad a), b) und c) :

Bis zu der Zeit, wo die Verhandlungen betreffend meine Wahl zum Staatspräsidenten begonnen haben, stand ich abseits des politischen Betriebes. Ich kann daher nur antworten, was aus den Zeitungsberichten und den damaligen Äußerungen und Kundgebungen Berans allgemein bekannt war, dass Beran für eine Verständigung mit der Sudetendeutschen Partei eintrat, ein ausgesprochener politischer Gegner Beneš's war und dessen Wahl zum Staatspräsidenten zu hintertreiben suchte. Auf diese Fragen könnten meiner Meinung nach mehr und genaueres die damaligen deutschen und tschechischen Politiker aussagen.

2.) ad d) :

Was die Behauptung Beran's betrifft, dass er nach Abtrennung des Sudetendeutschen Gebietes den Rücktritt Beneš's als Staatspräsident forderte, kann ich nur auf das unter 1.) Gesagte hinweisen. Wohl aber kann ich aus eigener Kenntnis bestätigen, dass Beran mich als damaligen Präsidenten des Obersten Verwaltungsgerichts nach wiederholten Rücksprachen bewog, die Kandidatur zum Präsidenten der Tschecho-Slowakischen Republik anzunehmen, und dass ich Beran am 1. Dezember 1938 - das ist den nächsten Tag nach meiner Wahl zum Staatspräsidenten - zum Vorsitzenden der Regierung ernannte, da mir Beran als ausgesprochener Gegner der Politik Beneš's bekannt war und ich der Meinung war, dass er an der Herstellung eines guten Verhältnisses zum Deutschen Reiche mitarbeiten wollte.

3.)

3.) ad e) :

69a
Der Vorschlag, den Weg der direkten Fühlungnahme mit dem Führer zu suchen, der schliesslich zur Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren geführt hat, wurde mir von dem damaligen Minister Dr. Havelka als Beschluss der Regierung, an deren Spitze Beran als verantwortlicher Ministerpräsident stand, vorgetragen.

L a n a, am 15. Juni 1942.

Dr. Emil Hácha e.h.



72731

Der Reichsminister und Chef
der Reichskanzlei

70
Berlin W8, den 19. November 1942
Voßstraße 6

Rk. 16053 A

Es wird gebeten, dieses Geschäftszeichen
bei weiteren Schreiben anzugeben.

3950
EINGEGANGEN

24 NOV 1942 013910

An

den Herrn Reichsprotector in Böhmen und Mähren
Der Reichsprotector

Prag
Czernin-Palais

Betrifft: Dr. Dembitzki in Prag.

Anbei übersende ich im Lichtabzug eine Eingabe des
Dr. Dembitzki in Prag an den Führer. Ich bitte um Stellungnahme
zu dieser Eingabe zwecks Vortrags beim Führer.



72730

Handwritten notes in red ink:
Kopfzug mit 72730
Lagepunkt an ...
Lagepunkt 75

42

Massendemonstration

proletarischen Klassen

in Kreisen auf

den Friedensdiktate

der internationalen Arbeiter

lang ist die Rückkehr

zur Baskampforganisation

gesen. Die Partei hat die

Sticht der politischen Parteien

System der Partei

nationaldeutsche Bewegung

in der Partei

Partei für die arbeitende deutsche Bevölkerung

eine Partei, die die deutsche Arbeiterbewegung

in der Partei

Partei der Arbeiterbewegung, die ich mir durch

Partei der Arbeiterbewegung

Partei der Arbeiterbewegung

Partei der Arbeiterbewegung

Partei der Arbeiterbewegung

Partei der Arbeiterbewegung

Partei der Arbeiterbewegung

Partei der Arbeiterbewegung

Partei der Arbeiterbewegung

Partei der Arbeiterbewegung